

Sigmar Gabriel

Zeitenwende in der Weltpolitik

Mehr Verantwortung
in ungewissen Zeiten



FREIBURG · BASEL · WIEN



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C014496

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2018

Aktualisierte Taschenbuchausgabe

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2021

Alle Rechte vorbehalten

www.herder.de

Mit Dank an den Keyser-Verlag, München, für die Vermittlung des Buchprojekts

Umschlaggestaltung: Verlag Herder

Umschlagmotiv: © Freepik

Satz: Daniel Förster, Belgern

Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-451-07225-3

ISBN E-Book (E-Pub): 978-3-451-82586-6

ISBN E-Book (E-PDF): 978-3-451-82561-3

Inhalt

1. Warum dieses Buch	9
2. Die Rückkehr der deutschen Frage	15
Deutschland, ein Sehnsuchtsort	15
Neue deutsche Sonderwege	21
Runter vom hohen Ross	32
3. Auf dem Weg in eine neue Welt	41
Die Coronapandemie	42
Klimawandel und Klimapolitik	53
Die weltpolitischen Spielregeln des 20. Jahrhunderts ..	69
Die Welt im Krisenmodus	76
Die Große Transformation: Ein neues Zeitalter hat begonnen	82
Die Kehrseite der Globalisierung	111
EXKURS: Die Attraktivität der Autoritären	113
G0-Welt? Modelle einer neuen Ordnung	120
Comeback der alten Imperien	123
Der Westen zwischen Tatenlosigkeit und Misstrauen ..	125
4. Die USA nach Trump	131
Neustart im Nahen und im Mittleren Osten	131
Eine neue Lastenverteilung ist nötig	135
Auf dem Weg in den Handelskrieg?	139
<i>Hoping for the best – preparing for the worst:</i> Die transatlantischen Beziehungen neu gestalten ..	141

5. Russland – Nachbar, Partner, Gegner?	147
Kein Interesse am Status quo mehr	149
Die erneute Entfremdung vom Westen	105
Scheinriese Russland?	155
Wieder Wandel durch Annäherung?	156
Ein Waffenstillstand in der Ukraine als Voraussetzung	161
Problematische Pipelinepolitik Europas	164
Politische Naivität vermeiden	168
6. Die chinesische Herausforderung	171
Chinas Strategie und die Planlosigkeit des Westens ..	172
Der chinesische Herrschaftsanspruch – nach außen und nach innen	176
Europäische Antworten?	181
7. Europa in einer unbequemen Welt	185
Die EU ohne Großbritannien	186
Die Gefahr des Scheiterns	193
Herausforderungen für unser Wohlstandsmodell	195
Stronger Europe?	197
Die Einmaligkeit Europas erhalten – trotz Zuwanderung	204
Mutige Visionen für Europa statt Nettozahlerlegenden	205
Stärken, was uns zusammenhält	208
Das vegetarische Europa in einer Welt voller Fleischfresser	217
Ein Europa als zivile Großmacht	222
Ein Europa mit strategischer Kultur	224
Ein krisenfestes und soziales Europa	229
Ein Europa mit Mutter- und Vaterländern	229
Politik und Werte in und für Europa	233
Europa am Katzentisch der Weltpolitik?	236

8. Der Kampf um Deutschlands Seele	247
Europas Stabilität hängt an Deutschlands Mitte	248
Deutschland hat zu viel Angst	249
Mehr Programme und weniger Gründe	251
Zivile Leitkultur	253
Zu Großem bereit sein, auch im Sozialen	256
Neue Ehrlichkeit in der Flüchtlingspolitik	264
Reizthema Rüstungsexporte	270
Alternde Gesellschaft und Zuwanderung	271
Entschlossener handeln: Abschiebung und Grenzschutz	274
Deutschland muss robuster und eigenständiger werden	279
Deutschland muss mehr Außenpolitik wagen	284
Friedensdiplomatie und kritischer Patriotismus	291
Afghanistan: Das Versagen des Nation Building	292
9. Die europäische Antwort	297
10. Was da alles auf uns zu kommt	307
Digitalisierung	318
De-Carbonisierung	320
Demografie	324
Dank	327
Anmerkungen	329
Personenregister	333
Über den Autor	336

Warum dieses Buch

Das britische Nachrichtenmagazin *The Economist*, vielleicht das beste der Welt, widmete 2018 eine ausführliche Titelgeschichte nur einem einzigen Thema: »*Cool Germany*«.¹

Voller Respekt und Sympathie beschreiben die Autoren darin eine deutsche Gesellschaft, die in den vergangenen Jahren offener und vielfältiger geworden ist. Pluralistischer und entspannter. Eine Gesellschaft mit einer historisch niedrigen Arbeitslosigkeit auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. Eine Gesellschaft, die von einer bärenstarken Wirtschaft profitierte und von Freunden umgeben ist. Nie in seiner Geschichte ging es unserem Land so gut.

Ein »goldenes Jahrzehnt« liegt hinter uns. Deutschland wuchs vor der Pandemie in 10 Jahren fast doppelt so stark wie Frankreich, und Italien stagnierte praktisch in dieser Zeit. Die Grundlage für diese enorme wirtschaftliche Entwicklung war die Exportstärke. Etwa 47 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wird im Export erwirtschaftet (2019). In Frankreich sind dies nur knapp 32 Prozent und in Italien etwas weniger mit 31,6 Prozent. Deutschlands Maschinen- und Anlagenbau, seine Elektrotechnik, die Chemie, die Fahrzeugtechnik und der Automobilbau, letztlich die gesamte Palette industrieller Fähigkeiten machten das Land zu einem der großen Globalisierungsgewinner. Deutschland wurde zum großen Warenhaus für die Industrialisierung der Welt.

Die wirtschaftliche Stärke, die Vielzahl an Beschäftigungsmöglichkeiten, die soziale Sicherheit sowie die Stabilität seiner Demokratie und der individuellen Freiheits- und Menschenrechte ließen Deutschland in jeder Hinsicht zu einem Sehnsuchtsort werden. Für Zigtausende junge *party*

people, die nach Berlin kommen, auf der Suche nach dem vielleicht besten Nachtleben der Welt. Aber auch für Hunderttausende Flüchtlinge und Migranten, die nach Deutschland kommen – auf der Suche nach Sicherheit und einem besseren Leben.

Hier allerdings endet die »coole« Komfortzone: Denn in der Analyse des *Economist* geht es auch um die unzureichende deutsche Flüchtlingspolitik: Sie steht stellvertretend für die Herausforderungen an Deutschland in einem neuen Zeitalter. Eine Epoche, in der die Grundfesten der (west-)deutschen Nachkriegsordnung massiv infrage gestellt werden. Sosehr die Kanzlerschaft Angela Merkels auch für ein hohes Maß an Stabilität angesichts vielfältiger europäischer und internationaler Krisen steht, so wenig hat sie ihr Land und seine Menschen auf das neue Zeitalter vorbereitet. Ihr Spitzname »Mutti« steht sinnbildlich dafür, dass sie mit einigem Erfolg die Deutschen vor den dramatischen Veränderungen in der Welt der Gegenwart »beschützt« hat. Am Ende ihrer Kanzlerschaft allerdings ist Deutschland deshalb nicht gut vorbereitet auf die anstehende Zeitenwende in der Weltpolitik, deren Augenzeuge wir sind.

Innenpolitisch fällt nach dem bereits erfolgten Abstieg der Sozialdemokratie nun mit der CDU auch die zweite ehemals große Volkspartei in sich zusammen. Die Individualisierungsschübe der letzten Jahrzehnte führen fast schon naturgesetzlich auch zur Auffächerung des Parteiensystems. Der Anspruch, die gesamte Gesellschaft in einzelnen Parteien zu repräsentieren und in der innerparteilichen Willensbildung quasi den Mehrheitswillen der Bevölkerung vorwegzunehmen, um dadurch einen möglichst großen Zuspruch bei Wahlen zu erlangen, gehört mindestens vorerst der Vergangenheit an.

Das Konzept der Volksparteien wird durch eine Art neuer »Honoratiorenpartei« ersetzt, in der allerdings nicht mehr ein fortgeschrittenes Lebensalter oder berufliche Seniorität die Funktionseliten der Parteien prägen, sondern deren nahezu vollständige kulturelle und berufliche Abhängigkeit von Parteiämtern und Mandaten. Vor allem bei der Sozialdemokratie und der Partei Die Linke gibt es immer weniger Interesse an einem möglichst breiten innerparteilichen Diskurs, der früher die in der gesamten Gesellschaft vorhandene Bandbreite der Meinungen abbilden sollte.

An die Stelle dieses Diskurses werden immer stärker »Bekenntnisse« zu einer als »objektiv richtig« empfundenen »Haltung« gefordert. Und wer sich nicht zum aktuellen Mainstream der Partei bekennt, der wird isoliert, gebrandmarkt oder notfalls aus der Partei gedrängt. Das in der politischen Linken schon immer verwurzelte Jakobinertum feiert seine Auferstehung.

Nicht ein möglichst breites Wissen und der Zugang zu den Alltagserfahrungen der unterschiedlichsten Teile der Gesellschaft sind dafür wichtig, sondern die Kenntnis der innerparteilichen »Strömungen«, der Mehrheits- und Machtfähigkeit und ein hohes Maß von Anpassungsfähigkeit. Es geht zuvörderst um Mehrheiten in der Partei und nicht mehr um die Mehrheitsfähigkeit innerhalb der Wahlbevölkerung.

Der Gegenentwurf sind stärker programmatisch orientierte Parteien, die nie den Anspruch erhoben haben, Volksparteien zu sein, sondern Wert auf inhaltliche und programmatische Konzentriertheit und scharfe Profilbildung gelegt haben. Sie erreichen in ihrer Wählerbindung nicht die frühere Stärke der Volksparteien, aber ihre Attraktivität wächst mit der zunehmenden inhaltlichen Beliebtheit und Orientierungslosigkeit der anderen.

Hinzu kommt: Weil sich das Parteiensystem aufgefächert hat in vielleicht zwei Parteien, die zwischen 20 und 30 Prozent rangieren, und drei Parteien, die sich aktuell zwischen 10 und 20 Prozent bewegen, werden die Koalitionsmöglichkeiten auf der einen Seite vielfältiger, zwingen aber die größeren Parteien andererseits zur strategisch-taktischen Vorsicht, weil z. B. eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen ist und mit der Linkspartei auf Bundesebene bisher kaum vorstellbar erscheint.

Auf der Strecke bleiben die Wählerinnen und Wähler, die mit den weitgehend selbstreferenziell agierenden früheren Volksparteien nichts mehr anfangen können und deren materielle und soziale Anforderungen an die Politik auch nicht im programmatischen Zentrum der anderen Parteien stehen. Im Ergebnis ist vor den Bundestagswahlen 2021 ein allgemeiner Wunsch nach Veränderung unübersehbar, der aber bislang nicht zu einer klaren »Wechselstimmung« wird, weil es keine Partei und kein Parteienbündnis gibt, das ausreichend Projektionsfläche bietet, um zum Träger des Wunsches nach Veränderung zu werden. Allerdings: Eine klare Veränderungsstimmung gibt es schon jetzt.

Aus Sicht vieler Wählerinnen und Wähler dürfte daraus am Ende der Wunsch nach der Kombination aus Veränderung und Kontinuität werden. Und diesen Wunsch wird vermutlich auch die neue Regierungskoalition in Berlin abbilden.

Wirtschaftlich erleben wir einen furiosen technologischen Wandel, dessen Dynamik durch die Coronapandemie noch einmal beschleunigt wurde. Das Megathema künstliche Intelligenz und die Neuerfindung des Autos durch Elektromobilität und autonomes Fahren haben für zusätzliche Beschleunigung gesorgt. Die Konsequenzen für den Industriestandort Deutschland, zumal für seine Vorzeigebbranche Fahrzeugbau und den gesamten Automotive-Bereich, lassen sich kaum überschätzen.

Geostrategisch sind wir Zeitzeugen der Auflösung der liberalen Weltordnung, wie sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor allem von den USA aufgebaut wurde. So wie einst die »Pax Britannica« läuft jetzt die Uhr der »Pax Americana« ab, allerdings ohne dass ein anderes Land oder eine überstaatliche Institution an ihre Stelle treten würde. Der amerikanische Analyst Ian Bremmer nennt es die G-Zero (G-Null)-Welt, in der niemand die Kraft oder den Willen hat, die existierenden Konflikte oder globalen Herausforderungen durch Formen der internationalen Zusammenarbeit zu lösen. Gleichzeitig ist offen, wie die Europäische Union und das transatlantische Bündnis, ja der Westen überhaupt, als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik, die jeweiligen Sinnkrisen überwinden sollen.

Und auch sozial verändern sich unsere Gesellschaften rasant angesichts von Zuwanderung und demografischem Wandel. Vor allem aber angesichts einer Arbeitsgesellschaft, die sich rasch verändert und unser Verständnis von Bildung und Berufstätigkeit vor neue Herausforderungen stellt. Experten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung etwa gehen davon aus, dass perspektivisch nicht weniger als 25 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland automatisierbar sind – und wir reden hier nicht nur von Blue-Collar-Jobs. Das Szenario, dass in naher Zukunft Roboter Roboterautos bauen, ist längst keine Science-Fiction mehr.

Zum ersten Mal betrifft eine technische Revolution auch massiv Berufe, die bislang nicht nur als sicher galten, sondern von denen man eher einen Aufbau von Beschäftigung angenommen hatte: technische Angestellte,

Betriebswirte, Kaufleute, Designer, Ingenieure und viele mehr. Führten in der Vergangenheit Rationalisierungsprozesse eher zum Verlust von Arbeitsplätzen mit geringeren Qualifikationsanforderungen, so trifft die digitale Revolutionierung unserer Wirtschaft jetzt vor allem mittlere und gehobene Qualifikationen. Ganz unten und ganz oben in der Qualifizierungsdifferenzierung bleiben die Arbeitsverhältnisse eher konstant oder wachsen sogar, in der Mitte aber geraten die Beschäftigten massiv unter Druck. In dem gesellschaftlichen Segment also, das für die innere Stabilität unserer Demokratien so wichtig ist.

Vollzogen sich grundlegende technologische Veränderungen früher weitgehend im Takt der Generationen, so müssen Menschen heute mehrfach in ihrem Berufsleben mit dramatischen Änderungen ihres Qualifikationspotenzials rechnen. Hinter dem Schlagwort Disruption verbirgt sich also weit mehr als »nur« das Verschwinden klassischer Unternehmen und das Entstehen neuer. Es ist die Ungleichzeitigkeit von Generations- und technologischer Entwicklung, die zum erheblichen Stressfaktor nicht nur für jeden einzelnen Menschen, sondern vor allem für unsere demokratischen Gesellschaften insgesamt werden wird. Dieser Prozess vollzieht sich weltweit, sodass es schwieriger wird, auf Wachstumsmärkte außerhalb Deutschlands und Europas auszuweichen.

Immer klarer wird: Die großen Fragen nach Deutschlands Zukunft, nach seiner gesellschaftlichen Perspektive, seiner ökonomischen und sozialen Zukunft und nach seinem Platz in der Welt bleiben in fahrlässiger Weise unbeantwortet. Die Zentralmacht Europas ist schon deshalb orientierungslos, weil sich Coronapandemie, technologisch-digitale Veränderungsschübe in fast allen Branchen und tektonisch-global-politische Verschiebungen überlappen: Wirtschafts-, Sicherheits- und Migrationskrisen drohen sich so zu einem »perfekten Sturm« zu bündeln. Das Fatale ist: Deutschland hat den Ernst der Stunde noch nicht begriffen, wie der britische Historiker Timothy Garton Ash zu Recht schon 2018 meinte.²

Wie begegnen wir also diesem Sturm? Um die Antworten ist in Deutschland längst ein politischer Kampf entbrannt, der allerdings im Frühsommer 2021 eher unter der Oberfläche schwelt, weil er von Deutschland in Europa mutige Antworten erfordert. Ein Kampf zwischen denen,

die den Rückzug aus der Welt und die Rückbesinnung auf das Nationale durchsetzen wollen, und denen, die sich in die risikoreiche neue Welt des 21. Jahrhunderts einmischen und sie gestalten wollen. Ohne sicher zu sein, dass uns das gelingt. Es ist auch ein Kampf um Deutschland und um die Seele der Deutschen. Weil ich davon überzeugt bin, dass wir nicht tatenlos abwarten können, sondern neue Verantwortung für unser Land, für unseren Kontinent und für die künftige Welt, in der wir leben wollen, übernehmen müssen, habe ich dieses Buch geschrieben. Und ich freue mich, dass es der Verlag Herder nun nach der Erstausgabe 2018 eine aktualisierte Ausgabe als Taschenbuch verlegt hat. Insbesondere die Kapitel 3, 4, 7, 8 und 10 habe ich einer intensiven Bearbeitung unterzogen.

Die Rückkehr der deutschen Frage

Deutschland, ein Sehnsuchtsort

In Deutschland leben mehr als 80 Millionen Menschen. Es ist mit einem Bruttoinlandsprodukt von 3,26 Billionen Euro vor Großbritannien mit 2,32 Billionen Euro die mit Abstand größte Volkswirtschaft Europas und nach den USA, China und Japan die viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt. Wir gelten als einer der Motoren der Weltwirtschaft und als »Zugmaschine« Europas. Und auch der deutsche Anteil am Weltsozialprodukt ist mit 3,47 Prozent angesichts unseres weltweiten Bevölkerungsanteils von 1,1 Prozent durchaus bemerkenswert. International ist unser Land als friedliebend und demokratisch geachtet und bei vielen anderen Nationen sogar überaus beliebt.

Kein Wunder also, dass Deutschland zu einem Sehnsuchtsort geworden ist. Ein Ort, wie es die Vereinigten Staaten von Amerika an der Schwelle zum 19. und später zum 20. Jahrhundert waren. Für unser Land schafft die millionenfache Zuwanderung der letzten Jahre Herausforderungen und Probleme, die uns noch lange beschäftigen werden. Denn so verständlich die Hoffnung vieler Menschen ist, hier bei uns ein besseres Leben für sich und für ihre Kinder aufbauen zu können, so klar muss auch sein, dass wir nicht alle aufnehmen können. Uns fehlen, geografisch gesehen, die Weiten Amerikas und wohl auch die Mentalität dieses Landes, das jeden einlud, dort *the pursuit of happiness*, das Streben nach einem glücklichen Leben, für sich zu finden.

Und doch ist es wirklich ein Wunder, dass Deutschland, vor etwas mehr als einer Generation noch ein furchterregender Ort, der im Rest der Welt Angst und Schrecken verbreitete, heute dieser Sehnsuchtsort geworden ist. »Wir wollen ein Land der guten Nachbarn sein, im Innern und nach außen.« Dieses Credo, das der erste sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt 1969 in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag ausgab, ist Realität geworden.³

In meiner persönlichen Erinnerung war dies keineswegs immer selbstverständlich. Meine Kindheit verbrachte ich in einem Viertel meiner Heimatstadt Goslar, das für Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten neu gebaut worden war. Ich wuchs mitten unter Schlesiern, Ostpreußen und auch Balten auf, die als frühere Angehörige der Waffen-SS nicht mehr in die nunmehr von der Sowjetunion besetzte Heimat zurückkehren konnten. Am Ortseingang hing ein großes Plakat mit einer Deutschlandkarte in den Grenzen von 1937. Die Farben Schwarz, Rot und Gold standen für Westdeutschland, die »Ostzone« und die von Russland und Polen annektierten ehemaligen deutschen Ostgebiete. Darunter der Schriftzug: »Dreigeteilt? Niemals!«

Etwas weniger farbig, aber mit den gleichen Grenzmarkierungen waren die Landkarten für unseren Erdkundeunterricht bis zur 10. Klasse der Realschule ausgestattet. Die DDR wurde als »SBZ« – Sowjetische Besatzungszone – bezeichnet, Ostpreußen und Schlesien als »derzeit unter russischer beziehungsweise polnischer Verwaltung«. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, wie sie erst viele Jahre später unter Willy Brandt und dann völkerrechtlich abschließend unter Helmut Kohl 1990 erfolgte, galt als »Landesverrat«. Auch mein aus dem Riesengebirge in Schlesien stammender Vater diffamierte die Polen nur als »Polacken«, und für meine Großmutter war Frankreich der »Erbfeind«.

Viele Jahre später holten mich diese Kindheitserinnerungen ein. Ich war inzwischen Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und traf auf Herbert Hupka, damals bereits Ehrenvorsitzender der Landsmannschaft der Schlesier. Hupka war für viele Sozialdemokraten in Deutschland lange Jahre der Inbegriff eines »Revanchisten«. 1972 kehrte er als Bundestagsabgeordneter der SPD den Rücken, wechselte zur CDU

und wollte helfen, Willy Brandt als Kanzler wegen dessen Ostpolitik zu stürzen.

Die schlesische Landsmannschaft bat im Jahr 2000 darum, ihre Treffen wieder in Hannover abhalten zu können. 1990 waren sie nach der Wahl von Gerhard Schröder als Ministerpräsident von Niedersachsen nach Nürnberg ausgewichen, weil der damals neu ernannte Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Jürgen Trittin, der Landsmannschaft die Zuschüsse gestrichen hatte. Die Begründung für die Einstellung der Zuschüsse hatten jahrelange rechtsradikale Ausfälle auf den Schlesiertreffen und entsprechende Artikel im Verbandsorgan *Der Schlesier* geliefert. Ich stellte der Landsmannschaft eine erneute finanzielle Förderung für den Fall in Aussicht, dass sie derartige rechtsextreme Propaganda unterlasse. Die Vertreter der Schlesier versprachen hoch und heilig, diese Zeiten seien endgültig vorbei. Nur am Rande sei bemerkt, dass die Schlesier am Ende leider doch nicht nach Hannover zurückkehrten. Vermutlich zahlten die Bayern einfach besser als wir Niedersachsen.

Als ich im weiteren Verlauf des Gesprächs mit Hupka über meine Besuche auf früheren Schlesiertreffen in meiner Kindheit erzählte und berichtete, dass ich dort sogar in einem Akkordeonorchester musiziert hätte, fragte mich Herbert Hupka vorsichtig, ob ich denn einen Walter Gabriel kennen würde. »So könnte man es ausdrücken«, antwortete ich, denn der sei mein Vater. Die schockierten Blicke der Vertreter der Landsmannschaft werde ich nie vergessen. Denn dieser Walter Gabriel war ihnen natürlich gut bekannt: als Autor rechtsradikaler und revanchistischer Propaganda in der Zeitung *Der Schlesier* und in deren Beilage *Die Bergwacht*. Ein Sozi mit einem Nazi zum Vater!

Die Deutsche Frage beschäftigte bis 1990 viele als Teil ihrer Familiengeschichte und der politischen Realität. Keineswegs musste das wie bei meinem Vater enden. Bemerkenswert war etwa die Haltung in der Familie meiner Mutter: Auch sie waren Flüchtlinge aus dem katholischen Ostpreußen. Vor allem die Frauen hatten auf der Flucht Fürchterliches erlebt, und manche waren davon für ihr Leben gezeichnet. Doch so sehr sie sich auch der verlorenen Heimat verbunden fühlte, so wenig spielten dort revanchistische Ideen eine Rolle. Im Gegenteil: Ich sehe meine Mutter und ihre

Schwestern noch vor mir, wie sie Anfang der 1980er-Jahre Carepakete für die in ihrer alten Heimat lebenden Polen packten, die sie bei einer ihrer späteren Reisen dort kennengelernt hatten und die unter dem kommunistischen Regime jetzt in großer Not lebten. Vielleicht erinnerte sich meine Mutter daran, wie wenig die Bauern im kleinen Dorf in Ottbergen nahe Hildesheim nach 1945 bereit gewesen waren, der zwangseinquartierten Flüchtlingsfamilie aus der Nähe von Königsberg beim Überleben zu helfen. Hätte es im benachbarten Kloster nicht einen Mönch aus der Heimatstadt der Familie meiner Mutter gegeben, der sie ab und zu mit Nahrungsmitteln versorgte, ihre Lebensumstände wären noch dramatischer gewesen.

Aus diesem in sich zerrissenen und orientierungslosen Deutschland entstand erst die westdeutsche und dann die gesamtdeutsche Bundesrepublik. Ein friedliebendes und wohlhabendes Land. Es war die Frucht harter Arbeit vieler Millionen Frauen und Männer, unter ihnen auch die Vertriebenen, ohne deren Leistungswillen und Kraft unser Land diesen Aufstieg nicht geschafft hätte. Nicht zu vergessen diejenigen, die aus anderen Ländern zu uns kamen, die wir viel zu lange zu »Gastarbeitern« erklärten und die sich auch selbst viel zu lange so sahen.

Dieses neue Deutschland in der Mitte Europas konnte entstehen, weil unsere Nachbarn bereit waren, mit uns einen neuen Anfang zu wagen. Sie waren nämlich mit einer anderen »Deutschen Frage« beschäftigt: der friedlichen Einbindung Deutschlands in Europa. In Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Italien waren es mutige Politikerinnen und Politiker, die nur wenige Jahre nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges ausgerechnet uns Deutsche einluden, an den Tisch zivilisierter Völker zurückzukehren. Es dürfte für die Menschen in diesen Ländern nicht gerade populär gewesen sein, ausgerechnet auf die Deutschen zuzugehen, die doch erst wenige Jahre zuvor brandschatzend und mordend durch ihre Heimatstaaten gezogen waren.

Nicht zuletzt haben wir den Vereinigten Staaten von Amerika zu danken. Der Aufbauplan für Europa, der berühmte Marshall-Plan des früheren Generals George C. Marshall, war durchaus kein karitativer Akt, sondern eine weitsichtige strategische Leistung, um den alten Kontinent nicht abermals in reaktionäre und nationalistische Zeiten zurückfallen zu lassen.

Nicht noch ein drittes Mal innerhalb eines Jahrhunderts wollten die Amerikaner ihre Söhne und Töchter in einen Krieg nach Europa entsenden müssen. Deshalb musste Deutschland eingebunden und ein erneuter deutscher Sonderweg verhindert werden.

Dem früheren US-Präsidenten Donald Trump habe ich einmal empfohlen, den »Marshall-Raum« im Weißen Haus zu besuchen. Dort hätte er sich davon überzeugen können, dass Europa keine antiamerikanische konspirative Vereinigung ist, wie er gelegentlich behauptete, sondern einer amerikanischen Idee folgt. Gleich hinter der Tür dieses Raumes kann man an der Wand die kurze Rede George Marshalls lesen, die großer strategischer Weitsicht folgt. Für George C. Marshall war ein geeintes Europa keine Gefahr, sondern ein Interesse der Vereinigten Staaten.

Für mich ist das europäische Projekt heute auch deshalb noch ein Wunder, weil es mit der Europäischen Union gelungen ist, in nur etwas mehr als einer Generation aus erbitterten Feinden erst Partner und dann sogar Freunde werden zu lassen. Meine Großmutter und mein Vater hätten sich nicht vorstellen können, dass Frankreich eines Tages unser wichtigster Verbündeter werden und Polen gemeinsam mit uns der Europäischen Union angehören würde. Noch als Jugendlicher, daran erinnere ich mich, stießen wir auf einer Konfirmandenfreizeit in den Niederlanden auf erhebliche Ressentiments gegenüber uns Deutschen. Wer damals prophezeit hätte, dass die niederländische Regierung wenige Jahrzehnte später einen Teil ihrer Streitkräfte unter deutsches Kommando stellen würde, wäre ins Reich der Fantasie verwiesen worden.

Während sich die Deutsche Frage innerhalb Deutschlands immer auf die Überwindung der deutschen Teilung bezog, stand sie bei unseren Partnern und Alliierten also für eine Strategie, die Deutschland unauflöslich mit seinen früheren Feinden verbinden sollte. Geschichte und Geografie Deutschlands sollten in neu geschmiedeten Allianzen ein Gegengewicht und der jahrhundertlange Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie Europas ein Ende finden. Die Antwort auf diese Deutsche Frage war die Einbindung in die westlichen Bündnissysteme. Sie waren und sind bis heute der Garant, dass das große Deutschland auch nach seiner Wiedervereinigung nie wieder zu einer Gefahr für seine Nachbarstaaten werden kann.

Alles gut also? Deutschland, der sanfte Hegemon Europas? Ein Land, vor dem niemand mehr Angst haben muss? Es stimmt, dass die Bundesrepublik ein friedfertiges Land geworden ist. Wir sind keine militärische Bedrohung für unsere Nachbarn und wollen es auch nicht sein. Und es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum sich daran etwas ändern sollte.

Doch die Deutsche Frage ist zurückgekehrt – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Wir halten uns raus, wo unsere Partner und Nachbarn sich mehr Einmischung wünschen. Der deutsche Sonderweg heute könnte darin bestehen, uns von der Verantwortung für Europa und seine Rolle in der Welt fernzuhalten. Nicht militärische Dominanz, sondern die Dominanz des Nichthandelns ist heute die Gefahr, die von Deutschland ausgeht. Wir können jedoch nicht den Wunschtraum mancher erfüllen wollen, eine »größere Schweiz« zu sein. Deutschland ist schlicht zu groß, um sich raushalten zu können. Weder bei der Stabilisierung der Währungsunion noch bei der Bekämpfung sozialer Ungleichheit, weder bei der Wettbewerbsfähigkeit Europas noch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann Deutschland einfach abwarten. Das gegenwärtige Kurzpassspiel der deutschen Politik riskiert Europas Zukunftsfähigkeit und politische Durchschlagskraft.

In vielen Ländern Europas verstärkt dies den Eindruck, dass die Idee eines geeinten Europas nur noch eine hohle Phrase von Berufseuropäern geworden ist. Oder wie es der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, der Sozialdemokrat Martin Schulz, formuliert: »Wir haben die großartige Idee eines geeinten Europas in die Hände der Bürokraten gegeben. Und jetzt verwechseln die Bürger die Technokraten mit der Idee.«

Deutschland wird also lernen müssen, seiner Rolle auf eine neue Art gerecht zu werden. Nicht als Hegemon, aber auch nicht als politischer Absinentenler. Sind wir auf unsere neue Rolle vorbereitet? Offenbar nur unzureichend. Anders lässt sich nicht erklären, warum wir Deutschen die dramatischen Veränderungen in der Welt und in Europa nicht endlich zum Anlass nehmen, mindestens so viel Mut aufzubringen wie die Gründungsväter des europäischen Projektes nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals ging es um Leben und Tod. Was für ein Glück wir doch haben, dass es heute nur meist noch ums Geld geht.